

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Haushaltseinbringung 2014

**Landrat Cay Süberkrüb
Einbringung des Kreishaushaltes 2014
Montag, 30.09.2013**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor acht Tagen waren Bundestagswahlen. Das Wahlergebnis wird jeder für sich selbst beurteilen und bewerten, doch jetzt kommt die Stunde der finanziellen Wahrheit. Jetzt werden wir sehen, was die Versprechungen aller Parteien in Sachen Kommunalfinzen wert sind. Städte und Kreis haben fast 3 Milliarden € Schulden. Nicht die Autoindustrie – wie in Detroit - hat unsere Region geprägt, sondern Kohle und Stahl. Der Strukturwandel ist noch lange nicht beendet.

Ungünstige Daten und Prognosen betreffen insbesondere unsere soziale Struktur, die Wirtschaftsstruktur und die kommunalen Haushalte.
Gleichzeitig steht die Schließung der letzten Zechen bis 2018 an. Wir befinden uns auf dem Höhepunkt des Strukturwandels 1.0

Was ist der Unterschied zu Detroit – sie erinnern diese Autostadt, die mit 20 Milliarden € Schulden in Konkurs ging?

Gemeinden in Deutschland können nicht Konkurs gehen.
Sie sind Teil der Länder. Wenn sich, wie in Nideggen, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Rat einem Konsolidierungskurs verweigern, kommt kein Insolvenzverwalter, wie in Detroit, sondern das Land setzt einen Staatskommissar ein. Wer das bisher als rein theoretische Drohkulisse ansah, wurde eines Besseren belehrt.

Anders als in den USA entscheiden auch nicht in erster Linie die Kommunen eigenständig, welche Aufgaben sie erfüllen wollen und welche nicht, sondern sie erfüllen zuallererst staatliche Aufträge aufgrund von Bundes- oder Landesgesetzen. Erst dann folgt das, was vor Ort nötig ist, ohne dass es einen konkreten gesetzlichen Auftrag gibt.

Im schlimmsten Fall, einer kommunalen Liquiditätsklemme, muss das Land unmittelbar einspringen. "Die (Letzt-)Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen trägt – als finanzverfassungsrechtliche Kehrseite der staatsorganisatorischen Zugehörigkeit der Kommunen zu den Ländern – das Land.", so urteilte auch im Mai 2013 der Staatsgerichtshof des Landes Hessen.

Dennoch machen die Städte zunehmend die Erfahrung, dass die Banken immer weniger bereit sind, kommunale Kredite zu vergeben.
Die Liquiditätssicherung wird schwieriger, trotz des kommunal-verfassungsrechtlichen Bürgen Land.

Sehr geehrte Damen und Herren,

acht Tage nach der Bundestagswahl hat sich unsere kommunale Lebenswelt nicht quasi über Nacht verändert. Es ist an der Zeit, dass endlich auch Bund und Land wie Städte und Kreise die Hosen runterlassen. Es ist billig und bequem, tolle Leistungen und gesetzliche Ansprüche zu versprechen und dem kommunalen Bereich die Einlösung der Versprechen zu überlassen.

Es muss endlich die viel zitierte einfache Regel gelten:
Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

Diese Forderung ist beileibe nicht neu, doch gilt nach den zahlreichen Versprechen der Bundestagswahlen und der sich zuspitzenden Situation vor Ort das Motto der deutschen Handball Nationalmannschaft des Jahres 2007:
„Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Ich persönlich würde dabei ausdrücklich begrüßen, wenn das gesamtstaatliche Finanzierungssystem für alle öffentlichen Aufgaben im Bund, den Ländern, den Gemeindeverbänden und den Städten und Kreisen mit dieser symbiotischen Verquickung, die uns alle gleichsam zu untrennbaren siamesischen Zwillingen macht, endlich aufgelöst würde.

Dass die Städte nicht nur für die Definition und Finanzierung der eigenen Aufgaben gerade stehen müssen, sondern auch, ohne dabei originären Einfluss zu haben, für Eingliederungshilfe, Sozillasten, ÖPNV, Fernradwege und vieles mehr zahlen müssen, ohne Art und Höhe der Leistung beeinflussen zu können, bricht uns das Genick. Da stimmt der Satz von den Gemeinden am Ende der staatlichen Nahrungskette Wort für Wort.

Die überregionale Presse fasste die kommunale Finanzsituation kürzlich zusammen:
„Wir brauchen keine Schuldenbremse für Kommunen, sondern eine Aufgabenbremse für Bund und Länder.“

Alle Parteien haben im Bundestagswahlkampf die längst überfällige Entlastung der Kommunalhaushalte zugesagt. In Relation zum Bundeshaushalt wäre eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen fast ein Kleinbetrag, aber mit unmittelbaren positiven Auswirkungen für die Menschen vor Ort.

Und eins wissen wir alle gemeinsam schon lange:
Der Schlüssel zur Lösung der kommunalen Finanzkrise liegt bei Bund und Ländern. Trotz aller regionaler Sparanstrengungen, extremer Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuern und auch der Landeshilfen werden wir allein die Schuldenspirale nicht durchbrechen können.

In der Vergangenheit hieß es hierzu von Bundesvertretern häufig, dass es sich bei dem Problem der Kommunalfinzen um ein regional begrenztes Problem von NRW, Hessen und vielleicht noch Rheinland-Pfalz und dem Saarland handele.

Wer die Presse der vergangenen Monaten aufmerksam verfolgt, und die derzeitigen Studien des Landkreistages aufmerksam gelesen hat, weiß, dass sich die kommunale Schuldenspirale wie ein Flächenbrand ausbreitet und inzwischen auch den Norden und große Teile des Ostens unserer Republik erfasst hat. Wie lange will der Bund eigentlich noch so tun, als ob ihn das alles gar nichts angeht?

Größte Sorge bereitet mir, wenn ich auf die Städte im Kreis sehe, was eigentlich passiert, wenn sich das historisch niedrige Zinsniveau verändert. Der Bund hat vor Kurzem noch einen Zins unter 1% bezahlt, es gab sogar Zeiten, da wurde ein negativer Zins vereinbart. Jetzt steht vorne die eins und kaum einer setzt auf eine längere Fortsetzung dieser Niedrigzinsphase. Was das für die Prolongierung der Kassenkredite der Städte bedeuten würde, wollen und können wir uns alle nicht vorstellen.

Wenn Bund und Länder nicht endlich handeln, wird die Rechnung in einigen Jahren nicht mehr zu begleichen sein. Das Thema Föderalismusreform liegt darüber hinaus unbearbeitet, wir haben deutlich zu viele Bundesländer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

was wir selbst tun können, haben wir zum Teil schon getan und werden auch weiterhin gemeinsam daran arbeiten.

Kreis und kreisangehörige Städte haben in 15 Jahren über 600 Mio. € durch Streich-, Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Dabei sind die von den Städten und dem Kreis im vergangenen Jahr beschlossenen massiven Sparmaßnahmen noch gar nicht mit eingerechnet.

Nicht immer gibt es vor Ort Verständnis für die Konsolidierungsmaßnahmen.

Ich will ein kleines Beispiel aus dem Kreis nennen: Bisher hat der sozialpsychiatrische Dienst des Kreisgesundheitsamtes einen ständigen Bereitschaftsdienst für den Fall vorgehalten, dass eine zwangsweise Unterbringung in einer Psychiatrie ärztlich begleitet werden musste. Wir haben im Rahmen des Fluktuationkonzeptes eine halbe Stelle wegfallen lassen, so dass jetzt Unterstützung seitens des Gesundheitsamtes nur noch während der Dienstzeiten möglich ist.

Gesetzlich ist es die Aufgabe der kassenärztlichen Vereinigung, dafür zu sorgen, dass notwendige ärztliche Unterstützung bereitgestellt wird.

Das ist nun aber auch nicht Recht. Aus den Städten ist zu hören, dass das so gar nicht geht; dass diese Leistung des Kreises unverzichtbar sei.

Wasch mir den Pelz – Personalkostenreduzierung – aber mach mich nicht nass – ohne Leistungsreduzierung - so funktioniert das nicht, nicht in den Städten, nicht beim Kreis.

Aus Fachabteilungen der Kreisverwaltung gibt es auch die Sorge, ob die eine oder andere Fachaufgabe der Städte noch dem rechtlichen Auftrag angemessen, geschweige denn kundenorientiert erfüllt werden kann.

Auch hier muss ich gemeinsam mit den jeweiligen Bürgermeistern Verständnis erzeugen, dass gleiche Standards mit weniger Personal und Geld nicht zu halten sind.

Häufig sind Klagen zu hören von sinkenden öffentlichen Leistungen bei steigender Steuer- und Gebührenbelastung – ich verstehe das gut.

Wir werden zu immer stärkeren Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen einerseits, zusätzlicher externer Aufgabenwahrnehmung andererseits verpflichtet.

Dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur und Bildung bleiben dabei oft auf der Strecke und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen werden zunehmend bis an die Grenzen des Zumutbaren belastet.

Wie ist das vereinbar mit dem im Grundgesetz verankerten Auftrag, bundesweit für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Das ist ein Auftrag an Bund und Länder, nicht an die Kommunen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen gibt es aber auch zahlreiche positive Aspekte, die wir durch verantwortungsvolles Handeln hier vor Ort erreicht haben:

Nach jahrelanger Haushaltswirtschaft im Nothaushaltsrecht hat der Kreis seit 2012 wieder einen genehmigten Haushalt.

Ermöglicht wurde dies durch ein Sparpaket, das durch den Kreistag im Juni 2012 auf Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Das von der Verwaltung vorbereitete Sparpaket beinhaltet neben dem bereits bestandenen Haushaltssicherungskonzept insbesondere den „Regionalen HSK-Masterplan“ und das „Fluktuationskonzept“.

Der Regionale HSK-Masterplan enthält 96 Konsolidierungsmaßnahmen. Der bisher erreichte Konsolidierungsbetrag liegt bei rd. 3,6 Mio. €, das noch realisierbare Konsolidierungspotenzial bei rd. 900 T€.

Im Rahmen des Fluktuationskonzeptes wird in den nächsten zehn Jahren jede zweite durch Fluktuation frei werdende Stelle eingespart. Der daraus resultierende Konsolidierungsbeitrag wird sich durch die Jahre auf 100 Stellen mit einem Einsparungsbetrag von mehr als 5 Mio. Euro jährlich aufbauen.

Meine Kolleginnen und Kollegen haben Sorge, dass der politische Grundkonsens, dass keine zusätzliche individuelle Mehrbelastung und Arbeitsverdichtung stattfindet, auch gehalten wird. Die Fälle, in denen Beschäftigte aufgrund psychischer Erkrankungen ausfallen, nehmen zu.

Betriebsbedingte Kündigungen bleiben mit der Umsetzung des Fluktuationskonzeptes – trotz der noch stärkeren Anspannung der Haushaltslage – auch weiterhin eindeutig ausgeschlossen.

Mit der Fortschreibung für das Jahr 2014 besteht dieses Sparpaket im dritten Jahr. Es zeichnet sich durch hohe Kontinuität, Nachhaltigkeit und konsequente Umsetzung aus. Durch dynamische Aktualisierungen konnten die Konsolidierungsziele bisher unvermindert gehalten werden.

Der Kreis hat auch mit den Ausnahmen, die im Kreistag ausdrücklich beschlossen wurden, wie etwa bei der Personalaufstockung im Bereich der Altlastensanierung, keine zusätzlichen freiwilligen Aufgaben übernommen. Dass neue Pflichtaufgaben, wie die Bearbeitung des

Betreuungsgeldes bei uns landen und zusätzliche Kosten für den Kreis verursachen, überrascht ja wohl keinen mehr.

Auch der heute eingebrachte Kreishaushalt 2014 sieht sich den Konsolidierungszielen verpflichtet. Trotz externer Verschlechterungen, wie beispielsweise der voraussichtlich höheren Zahllast an den LWL, können wir Ihnen eine Senkung des Kreisumlagesatzes vorschlagen. Dass die Mehraufwendungen für den LWL und neue gesetzliche Aufgaben nicht in Gänze von uns kompensiert werden können, ist jedem von uns klar.

Eines muss auch bei aller Rücksichtnahme gegenüber den Städten klar sein: wenn diese darum bitten, in der Finanzplanung die Soziallastensteigerungen optimistisch einzuschätzen, dürfen sie, wenn der Optimismus so nicht eintritt, nicht beklagen, dass zwischen Finanzplanung und Echtansatz eine Lücke entsteht, die im konkreten Haushaltsplan natürlich zu schließen ist.

Wir drehen im Interesse einer soliden Finanzpolitik, künftiger Generationen und im Einklang mit den Städten jeden Euro um.

Ein Beispiel:

Im Rahmen der IT-Ausschreibung erarbeiten wir ein verwaltungsweites Druckkonzept. Auf diesem Wege können jährlich zwischen 50.000 und 100.000 Euro an Sach- und Druckkosten eingespart werden.

Dieses Beispiel zeigt: Jede erdenkliche Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung wird von uns geprüft und wo möglich umgesetzt, wenn sich auch für manche Kolleginnen und Kollegen die gewohnte Arbeitsplatzausstattung verändert.

Sehr geehrte Damen und Herren,
dabei dürfen wir eins nicht aus den Augen verlieren:

Was ist eigentlich unser gemeinsamer Auftrag?

Wir wollen gute Nachbarn sein, im Stadtviertel, in der Stadt, zwischen den Städten und im Kreis, mit unseren Nachbarn in der Region. Wir wollen freundschaftlich, fair, hilfsbereit und achtsam miteinander umgehen.

Es geht darum, den Menschen im Kreis Recklinghausen ein gutes Leben zu ermöglichen. Sie sollen hier an Lippe und Emscher ihre persönlichen Chancen nutzen können. Sie sollen sich und ihre Familien, wo immer es geht, aus eigener Kraft und Arbeit ernähren können. Sie sollen hier ein gutes Zuhause haben, eine funktionierende Nachbarschaft, ein friedliches, sicheres und lebendiges Stadtviertel und aktive und kraftvolle Städte.

Im Grunde sind wir doch alle gleich – wir sorgen uns um unsere Liebsten und möchten das Beste aus unserem Leben machen, unsere Chancen, Talente und Potenziale verwirklichen und umsetzen.

Gemeinsam geht das besser – „kommunal“ kommt aus dem Lateinischen. Übersetzt heißt das „gemeinsam“. Common sense ist der Gemeinsinn, die Vernunft, der gesunde Menschenverstand – den gilt es zu bemühen.

Weder die Verwaltung, noch der Kreistag – auch nicht die Städte und ihre Räte - bestehen als Selbstzweck. Sie müssen sich diesem Ziel verpflichtet fühlen und danach handeln. Der Kreis Recklinghausen und die Städte funktionieren nur als Gemeinschaftswerk. Wir brauchen die

besten Ideen von allen, die hier leben oder zu uns kommen, als Unternehmer oder als Zuwanderer.

Helmut Marmulla, Hans Ettrich, Hans-Jürgen Schnipper, Jochen Welt und Cay Süberkrüb:

Eins haben alle genannten Landräte gemeinsam.

Alle waren mit dem Thema newPark befasst.

Gerade haben wir eine zusätzliche Aufgabe in Sachen newPark bekommen: Das Land wird, wie seit dem 10.9. bekannt ist, den Ankauf nicht mit einer Bürgschaft absichern.

Ich habe immer gesagt:

An der Region wird newPark nicht scheitern.

Die Schweizer Prognos AG ist in Ihrer Untersuchung zu dem Schluss gekommen, dass mit dem newPark allein auf Dattelner Gebiet 8.700 dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Allein diese Zahl ist beeindruckend. Die Zahlen ganz allein sind es aber nicht, die newPark so wichtig machen.

Wichtig ist, dass diese Region die Richtung der Spirale umdreht. Nicht nach unten, sondern aufwärts muss sie zeigen. Gemeinsam müssen wir an dieser Schraube drehen, auch wenn die Bretter dick sind und aus Hartholz bestehen.

Ich danke ausdrücklich allen, die sich mit uns gemeinsam so unermüdlich für dieses Projekt einsetzen: Wolfgang Werner und Petra Weiß, Petra Bergmann und Jochen Kröger, Klaus Bussfeld und Udo Mager, Prof. Heyer und Peter Schnepfer, Josef Hülsdünker und Josef Hovenjürgen! Ich weiß, dass Sie in der Gesellschafterversammlung und auch in Düsseldorf an dem Thema mitgewirkt haben.

Am 12.9. haben acht Städte und der Kreis, Bürgermeister und Landrat die Köpfe zusammengesteckt und vereinbart: Wir strecken nicht die Flügel, sondern krepeln erneut die Ärmel auf. Wolfgang Pantförder und Werner Arndt, Achim Menge und Uli Roland, Uli Paetzel und Bodo Klimpel, Wolfgang Werner, Lambert Lütkenhorst und ich haben viele Gespräche geführt und Befürworter erneut versammelt.

Wie werden jetzt im Dialog mit der newPark GmbH, dem Land, den anderen kommunalen Partnern in der Region, dem Eigentümer alles daran setzen, um newPark Flügel zu verleihen.

Ich bin ausgesprochen froh und stolz über diesen regionalen Konsens der von Unna und Dortmund im Osten, bis nach Gelsenkirchen und Bottrop im Westen reicht. Dies ist der richtige Weg.

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Anstrengung lohnt sich, wie viele andere auch!

Bei allen Herausforderungen und Schwierigkeiten, die ich bereits genannt habe, gibt es viele gute regionale Entwicklungen:

Die Beschäftigungsentwicklung ist in den letzten Jahren positiv verlaufen. Die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze hat in den vergangenen Jahren um 4,4% zugelegt.

Die Aktivitäten im Bereich der Unternehmensgründungen entwickeln sich gut. So konnte allein das Startercenter des Kreises durch gute Arbeit und gezielte Beratung in den letzten 5 Jahren zur Schaffung von über 4.000 Arbeitsplätzen beitragen, und hat dabei rund 5 Mio. € an Fördermitteln eingeworben.

Der Kreis Recklinghausen hat die meisten EU-Mittel aus den europäischen Förderfonds von allen Kreisen in NRW eingeworben und umgesetzt. Nur die Hochschulstandorte Aachen, Dortmund, Köln und Bochum waren noch erfolgreicher.

Die Städte selbst unternehmen große Kraftanstrengungen, fertig erschlossene Gewerbegebiete zu vermarkten. Teils mit großem Erfolg.

Das alles hat aber bisher nicht ausgereicht, um die erhoffte signifikante Senkung der Arbeitslosenzahlen und damit der sozialen Kosten zu erreichen.

Dies muss ein Hauptziel- und unsere ständige Aufgabe bleiben. Erst, wenn genug Arbeitsplätze vorhanden sind, dürfen wir behaupten, Arbeit ist die beste Sozialhilfe.

„Politik und Verwaltung können keine Arbeitsplätze schaffen, aber wir können nach Kräften versuchen die notwendigen Rahmenbedingungen zu gestalten.

Arbeitsplätze können weder von einer Bundes- noch einer Landesregierung bestellt werden, schon gar nicht von einem Landrat oder einem Kreistag.

Arbeitsplätze kann man nicht gesetzlich verpflichtend schaffen, sondern Arbeitsplätze entstehen, wenn Unternehmer, Menschen, die etwas unternehmen wollen, ob sie klein sind, ob sie ganz allein sind, ein startup gründen oder ein großes Unternehmen sind, wenn diese Unternehmen den Eindruck haben, unsere Leistung wird erwünscht, die Leitplanken sind vernünftig, wir können uns auf die Rahmenbedingungen verlassen und dann werden die guten Ideen auch zu Produkten, die man verkaufen kann und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird die Möglichkeit von Arbeitsplätzen eröffnet. Das ist das, was wir schützen, hegen und pflegen müssen.“

Ach ja, Angela Merkel sagte das fast wörtlich am 6.7.2013 in Bad Salzuflen.

Die heute noch aktive Kohleregion Emscher-Lippe wird den Strukturwandel nur durch eine Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit und gemeinsam mit dem Land NRW bewältigen können. Auch in den bisherigen Konzeptionen zur Umsetzung der neuen EU-Förderphase 2014-2020 des Landes wird deutlich, dass eine Förderung von Regionen aufgrund gemeinschaftlich getragener regionaler Projekte im Vordergrund steht. Eine Förderung von rein lokalen Aktivitäten scheint dagegen völlig chancenlos.

Die Aufgaben können gerne in Gelsenkirchen, in Bottrop, in Recklinghausen oder sonst wo konzentriert für alle geschehen, zum Beispiel bei einer neu ausgerichteten WiN Emscher-Lippe GmbH, allerdings mit Prokura und vollem Einsatz für uns alle.

In Gesprächen mit Vertretern aus der Region hat das Land die grundsätzliche Bereitschaft zu einer besonderen Unterstützung der Emscher-Lippe-Region erklärt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Regionalmanagement in der Emscher-Lippe Region zu stärken, um die Angebote des Landes zu nutzen. Hier bedarf es einer Einrichtung, in der wichtige regionale

Akteure engagiert dabei sind, in der sich Unternehmen beteiligen und die über Erfahrung in der regionalen Kooperation der Emscher-Lippe Region verfügt.

In der WiN Emscher-Lippe GmbH sind u.a. über 20 Unternehmen Gesellschafter, die sich mit rd. 120.000 € pro Jahr in der Gesellschaft engagieren. Sie hat sich in den vergangenen Jahren auftragsgemäß und erfolgreich auf die Akquise und Abwicklung wichtiger regionaler Projekte konzentriert.

Die WiN Emscher-Lippe GmbH muss aus Sicht der Städte, des DGB, der IHK und aller Akteure auf eine erweiterte Aufgabenstellung ausgerichtet werden.

Sie soll zusätzliche Aufgaben an der Schnittstelle zwischen Land und Region und bei der Formulierung und Umsetzung von Strategien und Projekten bewältigen. Davon profitieren alle Städte der Region durch einen besseren Zugang zu Fördermöglichkeiten oder eine bessere regionale Abstimmung von Projekten.

Vergessen wir nicht: in der nächsten EU Förderperiode wird nicht nur das Geld knapper, es wird auch nicht mehr so sein, dass einzelne Städte erfolgreich Anträge stellen können. Fördermittel aus Brüssel gibt es nur bei regionaler Ausrichtung von Projekten.

Die Möglichkeiten und Initiativen des Landes NRW und der Region müssen also konsequent und mit kurzen Wegen verknüpft werden. An einer Stelle müssen die Akteure die regionalen Kommunikationsprozesse und die ministeriellen Abstimmungsprozesse so koordinieren, dass vertrauensvoller Gedankenaustausch, gemeinsame Entwicklung von Initiativen, kurze Wege und schnelle Entscheidungsprozesse sichergestellt werden. Dass es dabei nicht zu Doppelungen und Kompetenzstreitigkeiten kommen darf, ist klar.

Wir müssen in der gesamten Region effizienter, schneller und noch entschlossener werden, wenn wir mit anderen Regionen Schritt halten wollen. Der Umbau der WiN Emscher-Lippe GmbH ist dafür eine Chance!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anstrengung lohnt sich. Die Ergebnisse können sich sehen lassen.

Besonders erfolgreich waren und sind wir beim Thema „Beste Bildung für alle“. An diesem Thema liegt mir besonders viel.

Josef Kraus, Gymnasialdirektor aus Bayern hat ein Büchlein betitelt: Bildung geht nur mit Anstrengung.

Wir haben uns ganz besonders angestrengt

Insgesamt sind seit dem Jahre 2009 **17 neue Bildungsgänge** errichtet worden. Die Bildungsgangpalette ist ausgezeichnet ausgebaut, teilweise haben Bildungsgänge Alleinstellungsmerkmal im Regierungsbezirk und auch in ganz NRW. Im Berufsschulbereich kommen wir mit der Ansiedlung verschiedener Bezirks- und Landesfachklassen einer besonderen Verantwortung nach.

Um die Jungen und Mädchen zu erreichen und sie auf einen erfolgreichen schulischen und beruflichen Weg zu bringen, haben wir im Kreis Recklinghausen vielfältige Projekte und An-

gebote eingerichtet, initiiert und umgesetzt. Ich bin sehr froh, dass es so viele ineinander greifende Bemühungen aller Beteiligten gibt. Ob Schulen, Städte, Kreis, Land oder Bund, hier kommen viele Puzzlestücke zusammen. Und es zeigt sich, dass die Verknüpfung der Maßnahmen über das Regionale Bildungsbüro und das Projekt „Lernen vor Ort“ im Kreis Recklinghausen richtige Schritte waren.

Die strukturellen **Veränderungen im Bildungsmanagement** durch die Zusammenarbeit des Kreises mit den Städten im regionalen Bildungsnetzwerk, kooperative Steuerungsgremien mit den Städten, den Schulen und der Schulaufsicht, tragen Früchte.

Weiter hat seit Anfang 2012 über das Bildungs- und Teilhabepaket eine enorme Ausweitung der Schulsozialarbeit im Kreis Recklinghausen stattgefunden. 60 Stellen mit über 70 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern wurden eingerichtet, inhaltliche Konzepte in Abstimmung mit den 10 Städten entwickelt und umgesetzt, und die Arbeitsverträge konnten um ein Jahr bis Ende 2014 verlängert werden.

Die Schulsozialarbeit muss weitergehen. Sie ist ein Erfolgskonzept. Es geht allerdings nicht, dass Bund und Länder die Kommunen mit Fördergeldern ködern, äußerst erfolgreiche Arbeit vor Ort geleistet wird und im Anschluss den hoch verschuldeten Kommunen gesagt wird, jetzt macht das mal alleine.

So sieht keine nachhaltige Politik aus, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Menschen für diese Art der Politik Verständnis haben. Dieses föderale Kompetenzgerangel, gepaart mit bürokratischen Antrags- und Umsetzungsverfahren ist oft unerträglich.

Sehr geehrte Damen und Herren, trotz der bereits dargestellten Finanzprobleme und der konsequenten Konsolidierungspolitik, konnten und haben wir im Bildungsbereich investiert. Allein in den Jahren von 2009 bis einschließlich 2012 wurden 22,2 Mio. € in die Sanierung der Berufskollegs investiert. In den Jahren 2013 und 2014 werden es nochmals über 24 Mio. € sein.

Obwohl in den Jahren 2010 und 2011 die investiven Haushaltsansätze von der Bezirksregierung halbiert wurden, sind in den letzten 4 Jahren insgesamt weitere 2 Mio. € in die Ausstattung der Berufskollegs investiert worden.

Auch wenn das nicht ausreicht, unsere hochtechnisierten Berufskollegs technisch auf der Höhe zu halten, war und ist dies eine durchaus beachtliche Leistung.

Und auch der Erfolg all dieser Maßnahmen kann sich sehen lassen.

Im Kreis hat sich die Abiturquote seit 2008 an den allgemeinbildenden Schulen von 26% auf über 33% erhöht, mit den Abschlüssen an Berufskollegs steigt die Quote auf ca. 39%. Damit liegen wir nicht mehr, wie es lange Zeit der Fall war, in der unteren, sondern in der oberen Tabellenhälfte in NRW. Hinzu kommt, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, seit dem Jahre 2008 von 7% auf 5%, oder von über 500 auf unter 400 Schüler im Kreis Recklinghausen reduziert werden konnte. Dies sind über 100 Schülerinnen und Schüler im Jahr, die nun mit erfolgreicherer Zukunftsperspektiven ins Leben starten können.

Der Kreis hat hierzu zusammen mit den Berufskollegs seinen Teil beigetragen. Ich möchte daher an dieser Stelle allen Beteiligten, den Lehrerkollegien, entsprechenden Mitarbeitern, aber auch ganz besonders den Städten ganz ausdrücklich für die geleistete Arbeit und Zusammenarbeit danken.

Natürlich kann uns das noch nicht zufriedenstellen.

Wir müssen und werden auch weiterhin alles in unserer Kraft stehende tun, den Bereich Bildung auszubauen und Beste Bildung für alle zu ermöglichen.

Derzeit befinden wir uns in ersten Gesprächen mit der westfälischen Fachhochschule, mit welchen Maßnahmen und Projekten besondere Talente und Potenziale gezielt erkannt und gefördert werden können, wie Kinder aus bildungsferneren Schichten an ein Studium herangeführt werden können.

Wir müssen auch überlegen, wie wir die Ausstattung der Berufskollegs weiter verbessern können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Eine Partei hat im Bundestagswahlkampf plakatiert:

„**Gemeinsam erfolgreich für Deutschland**“

Ein guter, ein wichtiger Satz. Ein beachtliches Ziel!

Städte und Kreis haben 2008, also noch vor diesem Kreistag und vor meinem Amtsantritt **gemeinsam** beschlossen, die Aufgaben des Jobcenters in kommunaler Regie zu übernehmen. Voraussetzung war, dass das im sogenannten "Delegationsmodell" erfolgt, dass also die Städte diese Aufgabe vor Ort eigenverantwortlich erledigen.

Aus gutem Grunde. Die Städte bringen sich so mit ihrer Kenntnis vor Ort ein. Mit ihren Kenntnissen zur Infrastruktur, mit ihren Kontakten zu den ortsansässigen Unternehmen. Die Bezirksstellen des Jobcenters Kreis Recklinghausen richten ihre Organisation auf die konkreten Bedarfe vor Ort ein.

Wir sind unterschiedlich. Und genau darin liegen Potentiale, die es zu heben gilt.

Diese Aufgabe ist nicht trivial. Sie gelingt nur, wenn die Unterschiede in einer gemeinsamen Ausrichtung gebündelt und die besten Ideen verallgemeinert werden. So gibt es z.B. Besonderheiten der Organisation in Oer-Erkenschwick - einen Oer-Erkenschwicker Arbeitsmarkt, den gibt es allerdings keineswegs.

Städte und Kreis arbeiten gemeinsam an dieser Herausforderung. Die Sozialdezernenten der Städte und die Leitung des Jobcenters im Kreis stimmen sich in den wesentlichen Fragen und Herausforderungen ab. Mit den Bezirksstellen finden monatliche Konferenzen statt. Ich bin sicher, alle Beteiligten nehmen ihren Auftrag ernst und werden gemeinsam einen guten Weg finden.

Aber lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt erwähnen.

Vor der Option war das Jobcenter getrieben durch statistische Zahlen. Es wurde suggeriert, dass Zahlen die wichtigen Dinge im SGB II sind.

Wir haben mit dem Optionsantrag gemeinsam umgestellt.

Nicht die Zahl steht im Mittelpunkt, sondern der Mensch. So haben wir es gemeinsam formuliert und Politik hat diesem Gedanken - aus gutem Grunde wie ich meine - beschlossen.

Und so richtet sich das ganze Jobcenter aus. Langfristige Integration zählt. Nicht ein rotierendes Maßnahmenkarussell. Nicht das zehnte Bewerbungstraining. Nicht die Statistikverliebtheit aus Nürnberg.

Schnell wird klar, dass es in dieser Region nicht so einfach ist, Menschen in gute Arbeit zu vermitteln. Die Rahmenbedingungen sind außergewöhnlich schwierig. Was durch die Organisation getan werden kann, wird getan. Einiges ist noch zu optimieren. Wir schaffen es zunehmend, uns mit unseren Leistungen nicht allzu weit vom Landesdurchschnitt zu entfernen.

Wir werden für die Menschen der Region das in unseren Kräften Stehende tun. Aber ohne eine Unterstützung von außen werden wir von den 70.000 Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, immer nur einen kleinen Teil zur eigenständigen und unabhängigen Lebensführung begleiten können.

Der Bund hat in den vergangenen Jahren die Mittel für die Integration deutlich gekürzt. Und das Land konnte das nicht kompensieren, weder mit eigenen Mitteln noch mit Mitteln der EU.

Wir brauchen weitere 30.000 ordentliche Arbeitsplätze - oder Mittel für einen sozialen Arbeitsmarkt, am Besten in Kombination.

Das ist die zentrale Lösungsstrategie für die meisten unserer Probleme.

Nur gemeinsam, Städte und Kreis, Bund und Land können die Verwerfungen am Arbeitsmarkt im Interesse der Menschen korrigiert werden.

Lassen Sie mich eine Schlussbemerkung machen: Sich im SGB II zu bewegen, ist für die meisten Menschen, die als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Städten oder beim Kreis die Arbeiten erledigen, aber auch für die, die diese sozialen Leistungen beantragen und auf sie angewiesen sind, nicht das Paradies auf Erden. Beide benötigen die Gehälter oder die Sozialleistungen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Kürzlich hat irgendjemand aus der zweiten Reihe, ein verbaler Heckenschütze, nachdem vorläufige Zahlen in der Bezirksstellenleiterrunde erstmals besprochen wurden, verbreitet, dass eine Zielerreichung um fast 25 % verfehlt werde. Skandalös!

Die Medien haben über diese Zahlen, scheinbar gesichert aus der Fachebene, berichtet. Und das war natürlich völlig OK.

Ihnen allen hier in der Kreispolitik danke ich, dass Sie gelassen abgewartet haben, bis die gesicherten Zahlen auf dem Tisch lagen.

Die Zahlen waren schlicht falsch. Es waren nicht 25%, es waren 6%. Zum Ende des ersten Quartals lagen wir im Mittelfeld. Da wird im ganzen Jobcenter gegengesteuert, in allen Städten gemeinsam mit dem Kreis. Aber wir brauchen auch die notwendige Zurückhaltung und Professionalität, auf die richtigen Zahlen zu warten und erst dann den Handlungsbedarf zu überprüfen.

Üben sie konstruktive Kritik! Sagen sie, was konkret verändert werden soll.

Gemeinsam erfolgreich für den Kreis Recklinghausen,

das wünsche ich mir noch häufiger.

Noch häufiger?

Ich danke Ihnen allen ausdrücklich, dass viele Entscheidungen in diesem Kreistag von einer breiten Mehrheit getragen werden. Ich hoffe, dass das auch für den jetzt eingebrachten Haushalt gilt.

Gemeinsam für den Kreis Recklinghausen: Diesen Slogan sollten wir leben, ihn verinnerlichen, und nicht nur, aber gerne auch plakatieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Lassen Sie uns weiterhin an die Arbeit gehen.

Lassen Sie uns die positiven Entwicklungen aufgreifen

Lassen Sie uns für die Bürgerinnen und Bürger, sowie für die gesamte Region kämpfen und arbeiten.

Im Interesse unseres Kreises.

Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ihnen sind wir verpflichtet.

Herzlich danken möchte ich an dieser Stelle Herrn Kreiskämmerer Roland Butz und seinem Team mit Siegfried Schmidt an der Spitze für die geleistete Arbeit. Nicht nur, dass eine ganze Reihe von Großbaustellen gleichzeitig zu bewältigen sind. Die Haushaltslage war im Rahmen des neuen und früheren Beteiligungsverfahrens des Landes lange völlig unklar. Das ist navigieren im dichten Nebel auf Sicht.

Danken will ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Die Arbeit wird mit jedem Jahr der Haushaltskonsolidierung schwieriger.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Kreisdirektor Roland Butz wird jetzt die Einzelheiten zum Kreishaushalt vorstellen.

Vielen Dank, Glückauf